



Medienkonferenz «Leitbild Suchtpolitik 2014-2018» vom Mittwoch, 6. August 2014

REFERAT VON FRANZISKA TEUSCHER, DIREKTORIN FÜR BILDUNG, SOZIALES
UND SPORT

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Medienvertreterinnen

Sehr geehrte Medienvertreter

Sehr geehrte Damen und Herren

Hier im Kocherpark war vor 22 Jahren die letzte grosse sogenannte «offene Drogen-szene» in der Stadt Bern lokalisiert. Tag und Nacht hielten sich damals je nach Jahreszeit zwischen 150 bis 600 Drogenabhängige in diesem Park auf. Die Zustände waren beelendend und menschenunwürdig. Heute sind wir in einer ganz anderen Situation. Die Probleme rund um Suchtmittelkonsum und -handel im öffentlichen Raum in der Stadt Bern sind seit mehreren Jahren auf einem tiefen Niveau stabil. Diese Situation ist aber nicht einfach ein Geschenk des Himmels. Sie ist das Resultat hart erkämpfter Massnahmen und das Ergebnis der mittlerweile erfolgreich etablierten Zusammenarbeit und Kooperationsbereitschaft zwischen Politik, Öffentlichkeit, Verwaltung und Fachinstitutionen.

Diese Strategie und Kultur will der Gemeinderat weiterführen. Im neuen Leitbild Suchtpolitik 2014-2018 bleibt weiterhin oberstes Ziel, dass die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Bern mit Suchtmitteln verantwortungsbewusst umgehen. Unter «verantwortungsbewusst umgehen» verstehe ich nicht die völlige Abstinenz von jeglichen Suchtmitteln. Das wäre eine Illusion. Eigenverantwortlicher Konsum bedeutet für mich, dass Menschen die Risiken ihres Verhaltens abschätzen können. Die Suchtpolitik des Gemeinderats setzt dort an, wo die Eigenverantwortung bzw. Verantwortung gegenüber anderen nicht oder zu wenig wahrgenommen wird.

Die Stadt Bern wird in den kommenden fünf Jahren ihre Suchtstrategie weiterentwickeln und optimieren. Was heisst das? Ich möchte zwei Punkte hervorheben, die mir besonders wichtig sind.

Punkt eins: Cannabis

«Die Stadt Bern setzt sich für einen regulierten Markt ein, welcher der Schädlichkeit der Suchtmittel entspricht. Sie unterstützt Bestrebungen zur Liberalisierung von Cannabis im nationalen Kontext.» (Zitat aus dem ersten Leitsatz der Suchtstrategie).

Die Regulierung von Cannabis ist in der Stadt Bern seit langem ein Thema. Mit der Abstimmung über die Hanfinitiative 2008 – die übrigens in der Stadt Bern angenommen worden ist – mussten diese Pläne zurückgestellt werden. Mittlerweile wurde die Diskussion jedoch in verschiedenen Schweizer Städten wieder aufgenommen. Der Konsum von Cannabis ist in der Schweiz verbreitet. Das ist eine Tatsache, wovor man die Augen nicht verschliessen soll und kann. Die meisten Konsumentinnen und Konsumenten haben wegen ihres Konsums keine gesundheitlichen Einschränkungen, ein vergleichsweise kleiner Teil konsumiert problematisch.

Das vollständige Verbot des Konsums und Verkaufs von Cannabis beurteilen verschiedene Suchtfachleuten, Polizeikräfte, Politikerinnen und Politikern nicht (mehr) als die richtige Vorgehensweise im Umgang mit Cannabis. Denn: Mit dem geltenden Verbot kann weder eine effektive Prävention (Stichwort Jugendschutz) betrieben, noch eine adäquate Repression durchgesetzt werden.

Deshalb will der Gemeinderat in Zusammenarbeit mit anderen Schweizer Städten ein Pilotprojekt im Bereich Cannabisregulierung durchführen. Mit einem Pilotprojekt könnten in einem klar abgesteckten Rahmen die Vor- und Nachteile eines Regulierungsmodells geprüft werden. Ich bin überzeugt, dass mit dem Einbezug von Suchtfachleuten, Polizei und Justiz sowie anderen Fachpersonen ein Modell ausgearbeitet werden kann, das unerwünschte Nebenwirkungen minimiert. Insbesondere muss mit geeigneten Massnahmen ein möglicher Drogentourismus verhindert und der Jugendschutz garantiert werden. Aktuell hat das Projekt noch etliche Hürden zu nehmen. Für mich ist jedoch klar, dass wir bei der Cannabis-Regulierung einen neuen Weg einschlagen müssen, wenn wir weiterhin eine zielführende Suchtpolitik betreiben wollen.

Punkt zwei: Alkohol

Wir wissen es alle, übermässiger Alkoholkonsum ist ein Auslöser von vielen Problemen im Nachtleben. Ich denke hier an Gewalt, Littering, Lärm usw. Die einfache Verfügbarkeit von Alkohol und das veränderte Trink- und Ausgangsverhalten in den letzten Jahren haben zu einer Verschärfung der Alkoholproblematik geführt. Regulative Instrumente könnten günstig und effektiv die Erhältlichkeit von Alkohol einschränken oder weniger attraktiv machen – ich denke hier an Werbebeschränkungen, Mindestpreise,

Verkaufsbeschränkungen. Der Entwurf der totalrevidierten Alkoholgesetzgebung auf Ebene Bund enthält leider kaum mehr Massnahmen, die in diese Richtung zielen. Dies, obschon die Wirksamkeit solcher Massnahmen wissenschaftlich erwiesen ist. So sind etwa in der Stadt Genf nach Einführung des Verkaufsverbots ab 21 Uhr die alkoholbedingten Spitaleinweisungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zurückgegangen. Die Stadt Bern will prüfen, wie sie im Verbund mit anderen Städten auf Ebene Kanton Massnahmen zur Stärkung des Gesundheitsschutzes einbringen kann.

Ich komme zum Schluss: Wir werden in der Stadt Bern auch in Zukunft auf Bewährtes setzen. Gleichzeitig verfolgen wir innovative Modelle, weil wir unsere Drogenpolitik so ausgestalten wollen, dass Menschen eigenverantwortlich handeln können und es Hilfsangebote für jene gibt, die Unterstützung brauchen. Drogenkonsumierende wird es – wie überall auf der Welt – in der Stadt Bern auch in Zukunft geben. Doch der öffentliche Raum muss für alle zugänglich bleiben und es darf kein zweites Mal zu einem «Kocherpark der 90er Jahre» kommen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.